

**Bericht an die Landeskonferenz der Kommunistischen Plattform Sachsen
am 23.11.2014 in Chemnitz**

***Aktueller denn je ist für uns und unsere politischen Gegner die Aussage des
Kommunistischen Manifests " Ein Gespenst geht um in Europa,"!***

Tägliche Hass-Attacken auf DIE LINKE, die u.a. in den sicher vorsehbaren Auslassungen des sogenannten Liedermachers Biermann, der auf Einladung im Deutschen Bundestag weilte, wieder mal seinen Ausdruck fand.

Der sich Dichter nennende und nicht nur sprachliche Unhold sagte "...er könne nicht die Reste der Drachenbrut" niederschlagen "sie sind geschlagen" Es sei "Strafe genug" für die Linken "dass sie hier sitzen und sich das anhören müssen. DIE LINKE sei der elende Rest dessen, was zum Glück überwunden wurde"

Das ausgerechnet von jenem Mann, der wie es sich in seiner Biographie abbildet den Opportunismus für sich gepachtet hat und sich mit seinem Pseudointellekt ins Scheinwerferlicht stellt. Das gefällt zwar der politischen Klasse, aber sie stellt damit einmal mehr unter Beweis, wie sie selbst die Demokratie in Frage stellt. Noch nie ist in einer solchen Art und Weise eine Fraktion im Bundestag attackiert worden.

Für diese Art Demokratieverständnis spricht auch die Tatsache, dass Vertreter eben dieser Klasse, seit an seit mit Faschisten im Fackelzug durch Erfurt marschieren, und gegen einen Linken Ministerpräsidenten in spe demonstrieren.

Es wäre ein Anlass auf allen Ebenen unserer Partei, einschließlich ihrer Mandatsträger, sich selbst wieder bewusst zu werden, dass sie niemals ohne die entsprechende absolute Mehrheit, so sehr sie sich auch verbiegen, innerhalb eines kapitalistischen Systems akzeptiert werden. Da hilft es auch nicht, wenn man sich als zukünftiger Ministerpräsident der "Biermanchen Fäkaliensprache" bedient und tausende ehemalige DDR Bürgerinnen und Bürger beleidigt. Wir bleiben das Gespenst und werden weiter gejagt.

Seit der letzten Landeskonferenz liegen aufregende 8 Monate, genau 236 Tage hinter uns. Es fanden Wahlkampf und Wahlen zu Europa, Kommunal und Landtagswahlen statt.

Viele, die dazu in der Lage waren, haben mitgeholfen, dort wo sie gebraucht wurden, ob beim bekleben von Wahlplakaten oder beim verteilen von Flyer als inhaltliche Unterstützung der Kandidaten. Nicht zu unterschätzen die mündliche Werbung für sie.

Während wir von fleißiger und erfolgreicher Arbeit der Mehrheit unserer Genossinnen und Genossen in der LINKEN ausgehen, sind die Ergebnisse der Wahlen so, dass eine kritische Wertung, vor allen Dingen hinsichtlich sinkender Zustimmung für die Politik unserer Partei, ein ständiger Prozess sein sollte. Nach wie vor stimmt der Spruch - nach den Wahlen ist vor den nächsten Wahlen.

Für uns ergibt sich die Verpflichtung unseren Beitrag dabei zu leisten und die Arbeit unserer gewählten Vertreter ebenso kritisch wie konstruktiv zu bekleiden.

In der Wahlnachteinschätzung in der Zeitung - Sachsens Linke (Nr.09/2014)

lesen wir nach kurzer Beschreibung des Wahlkampfes, ich zitiere: In einerseits wie betont erscheinender politischer Asymmetrie zwischen der dominierenden CDU, zwei Mittelparteien, von denen eine groß (Linkspartei) und die andere klein (SPD) sowie mehrere Kleinparteien und bundespolitischen Rahmenbedingungen andererseits, in denen eine Proteststimmung wie 2004 oder ein politischer Hype der Linkspartei wie 2009 nicht bestand, war diese Strategie (Wahlstrategie der sächsischen LINKEN)alternativlos. Die Bezeichnung - alternativlos - oft auch von der Bundeskanzlerin als Ausrede gebraucht, können wir in dem genannten Zusammenhang nicht akzeptieren.

Die Mitglieder des Landeskoordinierungsrates sind sich einig, wenn es keine Alternativen gäbe, würden wir uns wahrscheinlich immer noch, auf allen Vieren gehend, von Fallobst ernähren.

Wir würden akzeptieren, dass die Zustimmung zur Politik der LINKEN, einer pluralistischen und toleranten Partei, in der Kommunisten immer noch einen Platz haben, weiter zurückgeht und das will keiner von uns.

Wer die Auswertung der Wahlen, die Begründungen für die Ergebnisse, die dazu genannten Argumente in diesem Dialog, genau verfolgt, erkennt eine wesentliche Ursache der

rückläufigen Wahlergebnisse und es bestätigt die Tatsache, Meinungen werden zwischen den Wahlen gemacht oder vorbereitet und diese Meinungsmache beginnt und erfolgt mit tendenziöser Sprache.

In Sachsen haben es die bürgerlichen Einheitsmedien relativ leicht und brauchen oft nur auf Gesprochenes und auf Undurchdachtes zuzugreifen, was ihnen von einigen LINKEN geboten wird.

Die KPF in der LINKEN Sachsen hat ihren Standpunkt zum Beispiel zu schwammigen Wortschöpfungen wie Kümmererpartei, Gestalterpartei, Wohlfühlprogramm, das Zusammengehen mit SPD und den Grünen u.a. immer nach Inhalt beurteilt und ihren Standpunkt öffentlich gemacht.

Wir waren immer der Meinung, dass dem Programm und dessen Inhalt bei der Beurteilung der zu treffenden Maßnahmen eine größere Bedeutung zukommt und in der Reihenfolge vor den Zahlen, der Menge, der Struktur u.s.w. kommt. So wird es auch bleiben!

Ist es zu viel verlangt, einfach einmal darüber nachzudenken, wenn schon zur letzten Bundestagswahl von 72% der Befragten hoch angerechnet wird, dass die LINKE die Dinge beim Namen nennt, aber auch 72 % der gleichen Leute die Forderung der LINKEN nicht für machbar hält, dann haben unsere Argumente Lücken! Ich denke dabei an die verzockten Milliarden durch die Landesbank die auch im Wahljahr medienstill millionenfach den Steuerzahler in Sachsen belastet haben, aber in unseren Argumenten kaum eine Rolle gespielt haben um nur ein Beispiel zu nennen.

Inzwischen liegen viele Seiten zum Wahlergebnis vor. 25 Seiten ausgewählte empirische Antworten auf die Frage: Wo steht die LINKE? von Horst Kahrs, 19 Seiten Entwurf einer Auswertung durch die Wahlkampfleitung, 17 Seiten organisatorische Auswertung vom 17.10.14, verschiedene Wertungen und eine kritische Analyse mit dem Titel - Für ein klares sozialistisches Profil der sächsischen LINKEN.

Es ist in dem heutigen Rahmen nicht möglich auf alle Probleme einzugehen, die uns im Wahlkampf begegnet sind und bei der Auswertung, für unsere Arbeit, Bedeutung haben. Die Gen. der LK-Gruppe sind sich jedoch einig und unterstützen die kritische Wertung für ein klares sozialistisches Profil der sächsischen LINKEN.

Einigkeit besteht auch bei den Bedenken, welche vorhanden sind, wenn es um die Sicherheit geht, dass dieser oder jener kritische Hinweis, der sich aus dem Wahlkampf für den Landesvorstand ergibt, ernst genommen wird.

Genosse Kretzschmar aus Zwenkau wand sich in einem offenen Brief (JW vom 22.10.14) an Rico Gebhardt. Dieser Brief macht deutlich wie unterschiedlich die Auffassungen zwischen Teilen der Mitgliedschaft und Genossen des Landesvorstands z. B. zu geschichtlichen Ereignissen der letzten 30 Jahre sind und zeigt wie notwendig programmatisch gerichtete Bildungsarbeit in der LINKEN ist.

Der Vorsitzende unseres Landesvorstands hat sich zur Regionalkonferenz in Leipzig dahingehend geäußert, er möchte nichts mit Genossen in einer Partei zu tun haben, die behaupten, dass es 1989/90 eine Konterrevolution gegeben hätte.

Während Rico Gebhardt von der seit 1990 penetrant propagandistisch gestützten Wortwahl "Wende und friedlichen Revolution" ausgeht, haben dagegen marxistisch denkende Mitglieder der LINKEN eine wissenschaftlich fundierte Auffassung. Diese spricht, wenn schon von Revolution, dann nicht nur von einer sondern von zwei beteiligten Seiten, die dafür gesorgt haben dass sie friedlich verlaufen ist und nennt auch das Ergebnis, nämlich das einer Konterrevolution.

Es ist doch so, die revolutionär - demokratischen Umwälzung nach dem Ende des faschistischen Raubkriegs 1945 führte später zur sozialistischen Revolution und damit zu neuen sozialistisch orientierten Eigentumsformen.

Die mit der Umwandlung dieser sozialistisch orientierten Gesellschaftsform in eine kapitalistische Gesellschaft mit den bekannten Auswirkungen, kann man ohne großes Nachdenken als Konterrevolution bezeichnen, die historisch betrachtet, einer Rückwende gleichkommt. Die Beispiele dafür liegen auf der Straße.

Da diese von Rico Gebhardt angesprochenen Themen in die Öffentlichkeit gelangt sind und für die Verwirklichung der Ziele, die im Programm unserer Partei formuliert wurden, Fragen

von grundsätzlicher Bedeutung für Strategie und Taktik der Partei aufwerfen, sollten wir uns hinter Genossen Kretzschmar stellen und sein Anliegen unterstützen.

Genossen, nicht nur in Leipzig blieben Probleme im Raum. Auch Teilnehmer an den Regionalkonferenzen in Dresden und Chemnitz hatten das Gefühl, dass jeder Anschein von Kritikwürdigem an der Arbeit des Landesvorstandes in gewisser Weise bestätigt aber gleichzeitig wieder zurückgezogen wurde.

Genossen Scheel rundete in Chemnitz und Dresden mit seinem Beitrag die Begründung für eine solche Gefühlslage ab. Er griff einzelne Punkte aus dem Zusammenhang der kritischen Analyse heraus, hielt dagegen und brachte am Schluss mit einem Vergleich, den er aus einem gemeinsamen Erlebnis mit katholischen und evangelischen Würdenträgern schöpfte, seine Zusammenfassung. Zitat: Katholen und Evangelen können gemeinsam feiern, warum können wir das nicht - und sinngemäß weiter - obwohl die Ziele ähnlich sind. Es ist anzunehmen, dass er damit die von den Würdenträgern angestrebte Glückseligkeit meinte, die er wörtlich als auch unser Ziel benannte.

Jeder konnte sich dann den Sinn des Vergleiches erklären, auch die, die über diesen Schluss gelacht haben.

Es gab natürlich auch viele andere Fragen, die uns im Berichtszeitraum beschäftigt haben und weiter beschäftigen werden. Fragen zur Arbeit einiger Bundestagsabgeordneter der LINKEN, bei denen das Abstimmungsverhalten zum Bundeswehreininsatz im Mittelmeer stand oder auch zu den Stellungnahmen und Problemen, im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine und in Syrien.

Viele Wunden werden durch Formulierungen führender Funktionäre der LINKEN zum Kampfbegriff "Unrechtsstaat" bei uns nahestehenden Linken aufgerissen. Professor Hermann Klenner hat dazu in den letzten Mitteilungen ausführlich argumentiert!

An dieser Stelle nur drei Sätze!

Jeder Staat hat ein eigenes Recht in allen gesellschaftlichen Bereichen geschaffen.

Ohne die Durchsetzung der daraus resultierenden Gesetze wäre er nicht handlungsfähig.

Nun kann man zu diesem oder jenem Gesetz unterschiedlicher Meinung sein, das war schon immer so und wird so bleiben, jedoch geschaffene weltfremde Kampfbegriffe politischer Gegner, wie Unrechtsstaat, lehnen wir auch weiterhin ab, auch wenn Bodo Ramelow große und kleine Arschlöcher im DDR-Apparat gekannt haben will, die in das Leben der anderen in entsetzlicher Weise eingegriffen haben, ich kenne Ausnahmen, mehr nicht.

Rückblickend gab es auch viele Fragen zu den vom Forum Demokratischer Sozialisten (FDS) und dem Landesvorstand Sachsen an den Berliner Parteitag eingereichten Satzungsänderungsanträgen u. s. w., doch dazu später.

In allen 3 Regionen verstehen viele die Meinungen der Abgeordneten nicht, die ihre Einstellung z. B. hinter dem Kampf der Kurden gegen IS verstecken und abweichend zum Programm, Waffen und Gewalt favorisieren. Sie machen aus ihrer Einstellung dazu und natürlich auch zur Haltung um Regierungsbeteiligung in Thüringen keine Mördergrube.

Öffentlich und in verschiedenen Äußerungen lässt sich die Auffassung vieler Genossinnen und Genossen zu innerparteilichen Differenzen, die sich im Programmverständnis begründen lassen, in der bekannten Spottversion - aufrechter Gang auf allen Vieren - zusammenfassen.

Unter den sehr vielen Stellungnahmen, die bis jetzt vorliegen, sollte die Redaktionskommission den Standpunkt der heute Anwesenden formulieren und dabei den vom Landeskoordinierungsrat favorisierten, nämlich den des Ortsverbandes Sonnenberg aus Chemnitz zugrunde legen.

Der Wahlkampf hat in den drei Regionen mehr als sonst Möglichkeiten geboten, mit jungen Leuten ins Gespräch zu kommen, dazu einige Gedanken.

Die Mitglieder bestätigen in ihren Berichten, dass es schon mehr Aufmerksamkeit jüngerer Leute neben den Problemen unserer Zeit auch für die Vergangenheit und für das Leben besonders in der DDR gibt. Mehr als im ersten Jahrzehnt nach der Rückwende.

Man merkt, dass es angesichts der Verdrehungen und Entstellungen der jüngeren Geschichte durch Presse, Funk und Fernsehen, das Bedürfnis zugenommen hat, ältere Menschen nach diesem oder jenem zu befragen.

Nach dem Hetzgeschrei zur feierlichen Umrahmung des Gedenktags der politischen Klasse, dem sogenannten Mauerfall, nimmt dieses Bedürfnis zu. Es ist zu spüren, den älteren Wahlkämpfern macht es sichtlich

Spaß, mit Erlebtem vergleichen zu können und auch gleichzeitig jüngere nach ihren Befindlichkeiten zu fragen.

In Hans Falladas Roman "Kleiner Mann, was nun" heißt es : "Jemandem erzählen, was ich früher gemacht habe, dass es einen Wert hatte, dass ich mal jemand war, dass ich eine Geschichte hatte, dass ich Verdienste hatte, dass ich mir etwas erarbeitet hatte.....", diese von Fallada geschriebenen Worte haben auch Heute noch Bedeutung und an sie oder ähnliche Aussagen zu erinnern, haben für die Bewahrung der Geschichte eine große Bedeutung.

Da uns bekannt ist, das viele ältere unter uns über das von ihnen Erlebte schreiben, sollten wir auf die Erinnerungsbibliothek-DDR e.V. aufmerksam machen und zum Schreiben ermuntern. Zweck dieses eingetragenen Vereins ist die Sammlung und Bewahrung von literarischen Zeugnissen aus vielen Lebensbereichen, die von Zeitzeugen der DDR,, in persönlicher Erinnerung ,verfasst wurden.

Wer die Möglichkeit nutzt und die Aufzeichnungen der Chemnitzer Genossen Harry Albrecht oder Wolfgang Kluge, um nur zwei zu nennen, zu ließt, der spürt und erkennt Wissen, Überzeugung und Menschlichkeit von Kommunisten. Die jüngere Geschichte zeigt auch Persönlichkeiten, die den linken Gedanken als Kommunisten und Sozialisten in der LINKEN, die Treue halten.

Denen, die die Idee zur Schaffung einer Erinnerungsbibliothek-DDR verwirklicht haben, möchten wir danken, Genosse Schneider aus Chemnitz/Grüna ist einer von ihnen.

Der Landeskoordinierungsrat unterstützt das Anliegen der Erinnerungsbibliothek-DDR nach Kräften.

Fest steht, alle Fragen und Antworten, die im Zusammenhang mit inhaltlichen Problemen der Partei, vor allem des Erfurter Programms stehen, haben Einfluss auf das in den vergangenen Wochen oft besprochene Wahlverhalten vieler Bürger.

Auch wenn der Chemnitzer Bundestagabgeordnete Michael Leutert der Meinung ist, dass das Erfurter Programm keine Bibel sei, mag er Recht haben, dennoch bleibt das Erfurter Programm der Leitfadens für unsere Arbeit.

Auf die Frage der Freien Presse Chemnitz an Genossen Leutert vom 11. 10. 14: „Ist die LINKE noch eine Friedenspartei, wenn einige wie Sie UN-Militäreinsätze befürworten?“

Antwort: Ja, denn ich bin dafür, Frieden wieder herzustellen.

Frage: Notfalls auch militärisch?

Antwort: Ja!

Seit Wochen verfolgen wir die Entwicklung bestehender Konflikte, die immer mehr eine Richtung erhalten, wie sie im 21. Jahrhundert der Vergangenheit angehören sollte.

Eine Entwicklung die jederzeit in offene Gewalt umschlagen kann. Unser klares NEIN dazu werden wir nicht verwässern lassen. Gegen solche Versuche werden wir immer und konsequent stehen. Viele Bürgerinnen und Bürger brachten deshalb auch während des Wahlkampfes in Sachsen ihr Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass eine aggressive Wahlwerbung für das Friedensbekenntnis der LINKEN fehlte.

Dieses NEIN unterscheidet auch die Bundestagsfraktion DER LINKE immer noch, in einer unübersehbaren Weise, von allen anderen Fraktionen und dieses Nein entspricht auch immer noch den Wünschen von 70 - 80 % der Wählerinnen und Wähler.

Dieses Merkmal und eine saubere Aufklärung über Ursachen und Verantwortung für Kriege, ist und bleibt Bestandteil unserer politischen Arbeit.

Am 22. 6. 14 übermittelte uns Wolfgang Hupfer eine seiner immer aktuellen Collagen mit dem Porträt des Bundespräsidenten.

Die Überschrift lautete - VOLK ohne H.J. GAUCK ist ein VOLK ohne Hoffnung auf KRIEG !

Diese Collage bezieht sich auf den Ausspruch von Gauck, es sei "erreicht, wofür damals die Bürgerbewegungen des Herbstes 1989 gekämpft haben." Die von Gauck Bürgerrechtler genannten, verbatene solche Behauptungen und fragten in einem Brief an ihn:

"Erinnern Sie sich noch an die Forderungen von 1989?"

Es lohnt sich in diesem Zusammenhang in den verschiedensten Diskussionen auf 1989 zurückzukommen und damalige Erwartungen mit dem, was daraus geworden ist, zu vergleichen.

Wir solidarisieren uns mit allen die sich offen gegen Faschismus und Krieg stellen, denn diese Gefahr wächst von Tag zu Tag. Kriegshetze, Drohgebärden unter Führung der USA, nichts hat sich seit dem Endes des Kalten Krieg geändert.

Die JW vom 13.9.14 veröffentlichte ein Gespräch mit Willy Wimmer(33 Jahre Abgeordneter des Deutschen Bundestages für die CDU/CSU und von 1994-2000 parlamentarischer Staatssekretär; verantwortlich für die Eingliederung der NVA in die Bundeswehr).

Im Jahr 2000 nahmen Sie in Bratislava an einer vom US-Außenministerium ausgerichteten Konferenz teil, auf der ganz offen über die Strategie Washingtons gesprochen wurde.

„Mich hat das überrascht. Bei uns hatte es ja eine Kampagne nach der anderen gegeben um den Krieg gegen Jugoslawien: mit Auschwitz und mit weiß was allem. In Bratislava dagegen wurde eine rein machtpolitische Überlegung vorgetragen. Die Vertreter des US-Außenministeriums sagten, es sei bei dem Krieg darum gegangen, eine Fehlentscheidung General Eisenhowers aus dem Jahr 1944 zu korrigieren. Er hatte es damals unterlassen, US-Bodentruppen auf dem Balkan zu stationieren. Dies vor Staats- und Regierungschefs, Außen- und Verteidigungsministern so offen darzulegen, war eine ungewöhnliche Vorgehensweise. Die Vertreter des US-Außenministeriums machten deutlich, daß sie die Art und Weise, wie wir in Europa mit unseren Nachbarn umgehen, Eigentumsfragen regeln und Strafprozesse organisieren, nach den Maßgaben ihres eigenen Rechtssystems umbauen wollten. Das Vehikel dafür sollten der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag und das Kriegsverbrechertribunal sein.

Sie erklärten außerdem, wie sie sich Europa künftig vorstellen. Sie wollten eine Linie ziehen, die von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und von da aus weiter nach Anatolien geht. Alles was westlich von dieser Linie liegt, betrachteten sie als Einflußgebiet der USA. Die Russische Föderation sollte aus den europäischen Entwicklungen herausgedrängt werden. Das heutige Geschehen in der Ukraine ist für mich ein Beleg dafür, daß diese Leute damals nicht in den Mond geguckt haben. 2006, beim NATO-Gipfel in Riga, haben wir den Versuch gesehen, Georgien und die Ukraine in das Bündnis aufzunehmen. Das ist aus einem wichtigen Grund verhindert worden: Die Westeuropäer haben kein Vergnügen daran gefunden. Denn wenn diese durchgehende Limes-Linie von der Ostsee bis nach Anatolien etabliert würde, dann bräuchten Deutsche, Franzosen, Italiener und Spanier sich keine Gedanken mehr darüber machen, wie ungehinderte Beziehungen zur Russischen Föderation aufrechterhalten werden können. Die könnten dann je nach Interessenlage der Vereinigten Staaten von diesen jederzeit unterbrochen werden. Sie könnten dabei auf die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten bauen: vom Baltikum bis zu Rumänien. Die USA unternehmen alles, um dieses Ziel doch noch zu erreichen. So erklärt sich auch ihr Verhalten im Hinblick auf die Ukraine.“

In einer Abhandlung des strategischen Kommandos der USA unter dem Namen "Abschreckung nach dem Kalten Krieg", heißt es: "Dass die USA irrational und rachsüchtig werden könnte, wenn man ihre Lebensinteressen bedroht, sollte zum nationalen Charakterbild gehören, das wir von uns vermitteln." Dort heißt es weiter: "...die Drohung, die offene oder verdeckte Ankündigung, der andere werde demnächst mit erheblichen Nachteilen zu rechnen haben, wenn er nicht alsbald zu willens ist und sein Widerstreben aufgibt" gehört dazu. (soweit auf Seite 16 des gleichen Dokuments).

Trotz aller Fehlleistungen und Kriegsverbrechen in der Vergangenheit und Gegenwart bedient sich die USA ihres bedrohlichen Potentials und findet immer wieder auch deutsche Unterstützer um die Welt in ihre Bahn zu zwingen.

Herr Gauck formulierte 2011 noch als Privatier bei der Entgegennahme des Börner-Preises seinen Standpunkt. Er kritisierte damals die deutsche Nichtteilnahme am Lybien-Krieg und erklärte: "Wenn der Westen um Hilfe gegen die Despotie gebeten werde, dann möge man nicht als erstes die Angst haben, wo es endet, sondern die Freude, dass es beginnt."

Ich denke, nach den jüngsten Auslassungen des Herrn Bundespräsidenten werden wir noch viel von dieser Freude an der Vorbereitung von Kriegen haben.

Deshalb ist es auch so wichtig das die Gen. der KPF, in welcher Form auch immer, ihren Standpunkt zu diesen und anderen Themen, die dem Programm der LIKEN widersprechen, formulieren. Wir bedanken uns bei Gen. Brete, Gen. Kronschwitz und anderen, die das mit Überzeugung tun und sich öffentlich äußern.

Dass die BRD sich der Strategie der USA unterordnet und sie bedient, gehört zu Fehlleistungen und führt zu weiteren Widersprüchen zwischen kapitalistischen Ländern und in ihnen, über die bereits Lenin geschrieben hat.

Zugespitzte Widersprüche bedeuten auch, dass die Grenzen dieses Systems immer wieder deutlich d. h. immer wieder bewusst werden. Stellt man sich die Entwicklung seit 1990 mit eigenen Augen in die Geschichte, sehen wir klar: Schneller als zu erwarten war, ist der heutige Imperialismus an vielen Ecken dieser Welt in seinem Handeln eingeschränkt. Wir sparen uns Beispiele!

Der Vorsitzende der Marx - Engels - Stiftung, Lucas Zeise hat es anlässlich einer Konferenz so formuliert: Das Schöne am Imperialismus ist, es knackt im Gebäck.

Ich denke unsere Aufgabe besteht auch darin mitzuhelfen, dass die LINKE dafür sorgt, das knacken hörbar zu machen und nicht dafür, sich zeigende Risse zu verschmieren.

Besonders aufschlussreich in diesem Jahr war in den Medien der sogenannten Wertegemeinschaft, das einheitliche Vorgehen gegen Russland und den für alles verantwortlichen Popanz Putin.

An zweiter Stelle findet der interessierte Hörer und Zuschauer, in den Einheitsmedien der politischen Gegner liebstes Thema, nämlich den Rückgriff auf Stasi, Diktatur u.s.w.

An klassenmäßig untergesetzter primitiver Dummheit, in dämlicher Art und Weise vorgetragen, wird das an allen Ecken und immer wieder versucht. Vor einigen Bemerkungen zu Konflikten im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine ein Beispiel. Aus der Thüringer Allgemeinen vom 14. August dieses Jahres. Im Merkel - Interview durch drei Chefredakteure verschiedener Zeitungen: Frau Merkel wird gefragt: " Sehr wahrscheinlich werden stasibelastete Politiker für die Linke in den Thüringer Landtag einziehen. Nach Ansicht der Thüringer CDU ist die LINKE ein Sammelbecken für Stalinisten Linke, Gewalttäter und Stasi-Zuträger. Teilen Sie diese Meinung?"

In der Zeitung schreibt man natürlich nicht wie entrückt von jeglicher Realität die Fragestellung der drei Meinungsmacher ist und es wird auch nicht erwähnt, das bei denen ein Gehirnteil aufgekauft wurde, sondern man lässt einen sich offensichtlich wohlfühlenden 84-jährigen Senior die Sache so gerade rücken, dass solche Äußerungen gerade noch so angehen auch wenn sie aus der Zeit des Kalten Krieges stammen. Eine ins Konzept passende Meinung findet sich immer, wenn danach gesucht wird.

Hier wird auch unsere Verantwortung sichtbar, nicht nur ärgern, sondern reagieren und schreiben, wenn es irgend wie geht, in welcher Form auch immer.

Noch einmal zurück zur Ukraine und die Verantwortung Russlands und des ehemaligen Genossen Putin.

Er steht an der Spitze eines kapitalistischen Landes und stellt sich den Widersprüchen die nach Marx dem Kapitalismus innewohnen. Von Gerechtigkeit wird immer dann gesprochen, wenn es der herrschenden Klasse nützt. Besonders Aufschlussreich ist das Verhalten von Teilen der deutschen Politik im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine.

Mit List und Tücke hat es die sogenannte internationale Gemeinschaft unter der Führung der USA geschafft, den Ring um Russland weiter auszubauen und damit die Gegenwehr der Russen herausgefordert. Im Prinzip konnte man von den USA, als führendes kapitalistisches Land in seinem Kampf um die Selbsterhaltung bei schwindendem Einfluss in großen Teilen der Welt nichts anderes erwarten.

Betrachten wir jedoch das Verhalten der deutschen Politik, dann ist es beschämend mit welcher Unterwürfigkeit das europäische Verhalten, aus klassenmäßigen Gründen , amerikanischer Großmachterhaltungspolitik zum eigenem Schaden untergeordnet wird. Schon Bismarck sprach sinngemäß von einer Achse Berlin-Moskau und irgendwo in der bürgerlichen Presse ist bei mir eine Feststellung in Erinnerung geblieben - im Bündnis mit Russland wäre Europa gesichert, auch gegenüber der aufstrebenden asiatischen Welt, die das jetzige Jahrhundert kennzeichnen wird und den USA, die das vergangene prägte.

Einen besseren Partner wie Russland, als das größte und an Rohstoffen reichste Land, kann sich Europa nicht wünschen.

Im Zusammenhang mit den ausgesprochenen Sanktionen

Formulierte Putin vor wenigen Tagen: "Man darf Politik und Wirtschaft nicht in einen Topf werfen, aber genau das ist passiert. Wir verstehen schon, wie und unter wessen Druck solche Entscheidungen getroffen wurden. Ich möchte betonen, dass Russland nicht die Pose eines Beleidigten annehmen oder jemanden um etwas bitten wird. Russland ist ein sich selbst genügendes Land. Wir werden unter den außenwirtschaftlichen Bedingungen arbeiten, die sich ergeben haben, unsere Produktion und Technologien weiterentwickeln, entschiedener bei Umgestaltung vorgehen, und der äußere Druck wird, wie das schon öfter der Fall war, unsere Gesellschaft nur konsolidieren, uns keine Gelegenheit geben, uns zurückzulehnen, ich würde sagen-er zwingt dazu, uns auf unsere wichtigsten Entwicklungsrichtungen zu konzentrieren."

Nun zurück in die Verantwortung im eigenen Zusammenschluss.

Jeder der am 29.3.14 zu unserer letzten Landeskonferenz dabei war erinnert sich an unser Erstaunen, als wir erfuhren, dass der Landesvorstand einen Antrag an den bevorstehenden Berliner Parteitag eingereicht hat, dessen Ziel darin bestand, den Zusammenschlüssen ihre Rechte zu beschneiden.

In darauf folgender Zeit machte diese und jene Information, die nicht offiziell, aber aus gut informierten Kreisen, um den Landesvorstand stammten, die Runde, und damit das Kraut noch fett, wie man so sagt.

Es gab Fragen an Mitglieder des Landesvorstandes, unterschiedliche Antworten und Erklärungen mit dem Verweis auf eine Umlaufvorlage, die die Vermutungen stützten, dass dieser Antrag an den Berliner Parteitag interessengeleitet und undemokratisch, die Meinungsvielfalt der Mitglieder ignorierend entstanden und eingereicht wurde.

Die fehlende Debatte zu den Motiven und Beweggründen, die zur Einreichung solcher Anträge geführt haben veranlasst uns zu dem Vorschlag für nachfolgend genanntes Schreiben an den Landesvorstand (Zum Antrag des Landesvorstandes Sachsen an den Berliner Parteitag 2014 mit dem Ziel, den Zusammenschlüssen, die in der Satzung der LINKEN festgelegten Rechte abzusprechen):

Unsere Achtung gegenüber den gewählten Mitgliedern des Landesvorstandes schließt Kritik an seiner Arbeit nicht aus. Besonders dann, wenn es um grundsätzliche Fragen der Entwicklung unserer Partei geht. Um was geht es in diesem Fall?

Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass die Einreichung dieses Antrages erfolgte, ohne auch nur den Versuch unternommen zu haben, mit den betroffenen Genossinnen und Genossen zu sprechen, um wenigstens ihre Argumente zur Kenntnis zu nehmen. Diese Arbeitsweise war für die Mehrheit der betroffenen Mitglieder unserer Partei in den Zusammenschlüssen ein klarer Verstoß gegen die demokratischen Prinzipien.

Bemerkungen wie, ist die Bande mit ihrem Klüngel soweit von dem entfernt, was die Gründer mit der PDS und später der Linken wollten?

Es gab noch andere Formulierungen, im Inhalt ähnlich, wir wollen sie uns ersparen.

Wenn wir auch nicht in jedem Fall diese Auffassungen teilen, ergeben sich für die Teilnehmer der Landeskonferenz der KPF in der LINKEN Sachsen mit der Auswertung der Arbeit im Jahr 2014 Fragen? Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen.

Will unser Landesvorstand der demokratischen Entscheidungsvorbereitung zukünftig seine Autorität vorschalten, so wie es im Antrag an den Berliner Parteitag festzustellen ist?

Bei der Wertung legten wir folgenden Verlauf zugrunde.

Anlässlich des Bundesparteitages im Jahr 2011 lag das erste Mal ein Antrag zur Einschränkung der Rechte der Zusammenschlüsse vor. Dieser Antrag kam aus dem Vogtland in Sachsen. Er wurde damals vom Bundesparteitag nicht behandelt.

Diese Tatsache hinderte nicht daran, den gleichen Antrag danach an den Landesparteitag August/September 2013 zu stellen. Als Satzungsänderungsantrag unter F9, F10, F11 und F12 lag er dem Landesparteitag am 1.9.13 vor.

Ein Gegenantrag der KPF, unterstützt mit einem offenen Brief an die Delegierten, mit der Bitte um Nichtbehandlung der oben genannten Anträge, lag vor.

Der Brief an die Delegierten wurde von 5 landesweiten Zusammenschlüssen und 2 Mitgliedern des Landesrates unterschrieben.

Der Beschlussvorschlag der KPF und der Brief gründeten sich auf die Bundessatzung. Dort sind die Rechte der Zusammenschlüsse im §1 (innerparteiliche Zusammenschlüsse) §16 ff (Parteitag) und §22 (Bundesausschuss) geregelt. Die Stellung der Zusammenschlüsse - ihre Stellung in der Partei - durch die gesamte Bundessatzung, bis hin zu §37 (Schiedsverfahren) sind in allen Punkten die innerparteilichen Zusammenschlüsse den Gebietsverbänden faktisch gleichgestellt.

Mit diesem Verweis auf die Bundessatzung ist gleichzeitig die Bedeutung der gründlichen Aussprache mit allen Beteiligten hervorgehoben und damit unsere eingangs formulierte Feststellung in drei Punkten zu bedenken.

1. Aussprachen erfolgten nicht, die Landeskonferenz der KPF erfuhr von diesem Antrag aus anderen Quellen am 29.3.14 gleichlaufend mit der Information, dass vom FdS ein ähnlicher Antrag gestellt wurde.

Die Brüderlichkeit im Geiste ist bei beiden Anträgen nicht zu verleugnen, auch wenn das von der Landesgeschäftsführerin nicht bestätigt wurde.

Auf die Frage an sie vom 30.3.14: "Warum mit ihren betroffenen Genossen nicht vor Einreichung des Satzungsänderungsantrages gesprochen wurde, gab es keine Antwort.

Auf erneute Anfrage in größerer Runde und einigem hin und her sollte wenige Tage vor dem Berliner Parteitag eine Aussprache stattfinden. Die im Auftrag des Landesvorstandes zur Leitung des Gespräches beauftragte Genossin lies sich zwei Stunden vor Beginn aus gesundheitlichen Gründen entschuldigen, das Gespräch endete wie das Schießen von Hornberg.

2. Eine Gesprächsrunde mit über 10 Genossinnen und Genossen. aus einigen Zusammenschlüssen, muss vom Landesvorstand zu sichern sein, wenn sie terminlich Abgestimmt und wie im genannten Fall, sich die Chemnitzer Landesvorstandsmitglieder in unmittelbarer Nähe befanden.

3. Der Beschluss des eigenem Parteitages wurde unterlaufen und die Arbeit der durch den sächsischen Parteitag gebildeten Satzungskommission ignoriert und deren Arbeit dem Berliner Parteitag überlassen.

Wir können uns nicht vorstellen, dass diese Verfahrensweise der Entwicklung einer kämpferischen demokratischen Partei dient. Das Gegenteil, eine Polarisierung der Mitglieder ist der Fall, Unsicherheit und nachlassende Einsatzbereitschaft die Folge.

Wir empfehlen eine Auswertung im Landesvorstand und die Einladung der betroffenen Zusammenschlüsse.

Die Redaktionskommission sollte diesen Standpunkt neben den folgenden Schlussfolgerungen zur Abstimmung bringen.

1. Die Festigung des KPF in der LINKEN Sachsen steht weiter im Mittelpunkt unserer Arbeit in den Ortsverbänden unserer Partei.
2. Die Tätigkeit in den außerparlamentarischen Bündnissen besitzt einen hohen Stellenwert und ist weiter zu unterstützen.
3. Die Bildung von Gesprächskreisen nach dem Beispielen in Leipzig, Chemnitz und Dresden ist durch Erfahrungsaustausch zu fördern.
4. Die Arbeit nach dem Beispiel der Erinnerungsbibliothek sollte zu schriftlichen Standpunkten führen, deren Inhalt zur Bereicherung der inhaltlichen Arbeit der LINKEN angeboten werden kann. Der Landeskoordinierungsrat schafft die Voraussetzung zur Sammlung der Beiträge und bietet sie den Medien zur Veröffentlichung an.
5. Wir bemühen uns in den Regionen um eine größtmögliche Teilnahme an der Luxemburg-Liebknecht-Ehrung und der Demo im Januar 2015

6. Die für die Erhaltung unserer Mitteilungen nötige Spendensumme aus der Region reicht noch nicht, wir bitten alle, die noch nicht gespendet haben. Jeder Euro hilft!

Abschließend bitten wir darum, all den Mitgliedern und Freunden unseres Zusammenschlusses die aus den verschiedenen Gründen unserer Einladung nicht folgen konnten, sei es durch das Alter, die Krankheit, die Verpflichtung oder aus einem anderen Grund, die herzlichsten Grüße zu übermitteln und ihnen zu sagen: "Wir brauchen alle bei den Bemühungen, das Programm der LINKEN zu verwirklichen und mitzuhelfen den nachfolgenden Generationen besonders eine Erkenntnis Lenins zu vermitteln und damit die inhaltliche Arbeit, als Mittelpunkt politischer Tätigkeit zu erhalten. Zitat: "Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen, moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phasen Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klasse zu suchen.